

SPD Dresden

Könneritzstr. 3 | 01067 Dresden

0351- 4335631 | info@spd-dresden.de

Wahlprüfsteine der Bürgerinitiative "Königsbrücker muss leben!" zur Kommunalwahl 2019

1. Wie beurteilen Sie die "Historie" der Königsbrücker Straße? Wieso wurde die Straße bislang nicht saniert?

Die Königsbrücker Straße ist ein Paradebeispiel für den Streit, ob Dresden eine Stadt für den Autoverkehr ist oder ob alle Verkehrsteilnehmer/innen gleichberechtigt behandelt werden. Die lange Zeit amtierende konservative Mehrheit im Stadtrat wollte eine vierspurige „Stadtautobahn“, die die Neustadt halbiert hätte. Durch den unter Beteiligung der SPD erzielten Kompromiss profitieren auch der ÖPNV und der Radverkehr genauso wie der Seitenraum. Dieses Tauziehen um die richtige Planung hat dazu geführt, dass die Sanierung noch immer nicht begonnen hat. Die Prüfung der Landesdirektion tut ihr übriges bei der Verzögerung. Der 26. Mai wird darüber entscheiden, wie die Verkehrspolitik in Dresden aussehen wird.

2. Wie beurteilen Sie die momentan vorliegende Planung nach Variante 8.7? Gäbe es Alternativen?

Die vorliegende Planung ist ein guter Kompromiss. Sie bietet die Möglichkeit unterschiedliche Belange zu würdigen. So wird eine Fahrtzeitverkürzung für den ÖPNV durch eigene Gleisbetten im südlichen und nördlichen Abschnitt erreicht. Im mittleren Abschnitt bietet sie einen attraktiven Seitenraum, der im urbanen Gebiet Platz für Fußgänger schafft. Darüber hinaus bietet die Planung durchgängig gute und sichere Radverkehrsanlagen. Am Ende bleibt es ein Kompromiss. Es gibt Alternativen, die wahlweise den Autoverkehr, den ÖPNV oder die Seitenräume bevorzugen. Am Ende war und ist es Anspruch der SPD, für alle Verkehrsteilnehmer/innen gleichberechtigt Verbesserungen zu erzielen. Dafür ist die Variante 8.7 die beste Alternative.

3. Sollte für die Verbreiterung der Straße privates Eigentum enteignet werden?

Der Eingriff in privates Eigentum sollte minimal gehalten werden. Auch deswegen war und ist die SPD gegen die vierspurige Variante der konservativen Verkehrspolitik. Wo Eingriffe in privates Eigentum notwendig sind, um die Planung umzusetzen, sollte als erstes Mittel der Dialog mit den Eigentümer/innen gesucht werden. Als Ultima Ratio sind Enteignungen zur Umsetzung der Planung aus unserer Sicht legitim.

4. Welche städtebaulichen Aspekte sind für die Königsbrücker wichtig?



Sozial. Demokratisch.

Dresden lebenswert.

Für die SPD ist klar: Die Königsbrücker Straße muss den Kompromiss schaffen, eine funktionierende Verkehrsachse zu sein, die den städtebaulichen Charakter des Viertels nicht zerschneidet. Deswegen war es uns im Abschnitt zwischen Louisenstraße und Bischofsweg wichtig, die Breite zu begrenzen und gemeinsame Spuren für den ÖPNV und den Autoverkehr zu schaffen. Denn allein durch die Schaffung von Radwegen verbreitert sich die Straße, wenn die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden. Die vorliegende Planung sorgt in diesem Bereich für attraktive Seitenräume und entschärft bspw. die enge Stelle vor der Bäckerei Reißmann. Entstehende Verzögerungen insbesondere für den ÖPNV werden durch die anderen Abschnitte ausgeglichen.

5. Momentan ist geplant, die historische, vierreihige Baumallee oberhalb des Bischofsweges zu entfernen und nicht wieder entstehen zu lassen. Hält Ihre Partei diese Maßnahme für gerechtfertigt?

Diese Stelle zeigt, dass die Planung ein Kompromiss ist. Um im Abschnitt zwischen Louisenstraße und Bischofsweg einen attraktiven Seitenraum zu schaffen, braucht der ÖPNV im nördlichen Abschnitt ein eigenes Gleisbett, das zügiges Fahren ermöglicht. Eine schnellere und pünktlichere ÖPNV-Anbindung der Neustadt, von Klotzsche, Hellerau und Weixdorf ist für uns unverzichtbar. Auch die Einrichtung von Radfahrstreifen führt zu einer Verbreiterung. In Summe fallen die doppelte Baumreihe und die Parkplätze nördlich des Bischofsweges größtenteils weg. Allerdings werden neue Bäume gepflanzt, die einen großen Teil der wegfallenden Bäume ersetzen werden. In der Gesamtabwägung halten wir die Planung an dieser Stelle für vertretbar.

6. Im Planfeststellungsverfahren ist eine Sammeleingabe unserer Bürgerinitiative mit ca. 5000 Mitzeichnenden eingegangen. Zusätzlich erfolgten fristgerecht über 3000 einzelne Eingaben. Wie steht Ihre Partei zu diesem starken Zeichen der Bürgerpartizipation? Wie sollten die Landesdirektion und die Politik darauf reagieren?

Es ist zu begrüßen, dass sich die Menschen und die Bürgerinitiative einmischen. Dem ist es schließlich zu verdanken, dass nicht schon längst eine vierspurige Sanierung der Königsbrücker stattgefunden hat. Es ist normaler Bestandteil des Planungsverfahrens, dass sich die Planungs- und Genehmigungsbehörden mit den Eingaben auseinandersetzen und abwägen, welche gewünschten Änderungen eingearbeitet werden. Am Ende muss das Ergebnis den gesetzlichen Bestimmungen genügen und sicherstellen, dass für alle Verkehrsteilnehmer/innen gleichberechtigt eine Verbesserung erreicht wird. Die dann eingeplanten und genehmigten Änderungen aus den Eingaben wird die SPD mittragen, um zu einer möglichst konsensualen Variante zu kommen, die endlich in Bau gehen kann.

7. Mit welchen Mitteln wird Ihre Partei dafür sorgen, dass die Königsbrücker Straße zeitnah saniert werden kann?

Wir kämpfen für die Fortsetzung der rot-rot-grünen Verkehrspolitik für die kommenden fünf Jahre. Wenn dies gelingt steht einer Sanierung nach einem positiven Bescheid der Aufsichtsbehörden aus unserer Sicht nichts mehr im Weg. Wir werden uns in der Lenkungsgruppe dafür einsetzen, dass die Bauleistungen dann zügig vergeben werden, damit die Bagger endlich rollen können.